

# »Deutschland soll keine Waffen liefern«

## Innerhalb der Friedensbewegung gibt es nur einen Minimalkonsens. Debatten stehen Aktionen deshalb oft im Weg. Ein Gespräch mit Gabi Bieberstein

*Interview: Gitta Düperthal*

Gabi Bieberstein ist Mitinitiatorin der Tagung der bundesweiten ATTAC-AG »Globalisierung und Krieg«, die am Wochenende in Frankfurt am Main stattfand

**Teile der Linken befürworten, den syrischen Kurden in ihrem Abwehrkampf gegen die Angriffe des »Islamischen Staats« auf die Stadt Kobani Waffen zur Verteidigung zu liefern. Welche Position nehmen Sie dazu ein?**

Bei ATTAC ist zwar nicht der Pazifismus Konsens, unser Netzwerk versteht sich aber als Teil der Friedensbewegung. Wir fordern generell: keine Waffenlieferungen und keine Auslandseinsätze der Bundeswehr. Für deren Abschaffung aber gibt es keine Mehrheit, einige befürworten sie als Verteidigungsarmee.

**Während Zehntausende Kurden hierzulande gegen die Kriegspolitik in Syrien demonstrieren, ist von der Friedensbewegung auf der Straße kaum etwas zu hören. Woran liegt das?**

Wenn Kurden etwa deutsche militärische Unterstützung fordern, werden wir dies nicht mittragen. Ansonsten gibt es zur Analyse des Syrien-Konflikts unterschiedliche Auffassungen. Der wissenschaftliche Beirat von ATTAC, dem Norman Paech, Professor für Verfassungs- und Völkerrecht i. R. der Universität Hamburg, angehört, hat Gewalteinmärsche und die frühzeitige Einmischung ausländischer Staaten in den innersyrischen Konflikt von Beginn an für falsch gehalten. Er kritisiert zudem eine einseitige Schuldzuweisung an Russland und Iran, da beide Staaten zunächst alle Möglichkeiten für eine diplomatische und friedliche Lösung des Konfliktes ausgeschöpft und erst, als sich dieser Versuch als aussichtslos erwies, militärisch eingegriffen und so den Krieg in Aleppo vorerst beendet haben.

**Die kurdischen Frauen- und Volksverteidigungseinheiten YPJ/YPG in Nordsyrien argumentieren, sich selbst verteidigen zu müssen – und angesichts der Grenzsicherungen zur Türkei durch Recep Tayyip Erdogans AKP-Regierung und zum Irak durch Masud Barsanis Partei KDP Handelswege zum Überleben sichern zu müssen. Wie diskutiert ATTAC das?**

Die Frage ist: Ein wie weitgehender Konsens ist für uns notwendig, um die Friedensbewegung voranzubringen? Unumstritten ist aber: Deutschland soll keine Waffen liefern. Fordern die Kurden dies, sind wir nicht dabei.

**Der syrische Krieg tobt, die türkische Armee bombardiert die kurdische Bevölkerung im Südosten ihres Landes – was also tun?**

Wir kritisieren die deutsche Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD und die EU, weil sie die Türkei weiterhin unterstützen. Unterschiedliche Meinungen gibt es dazu, wie ATTAC zur Türkei als NATO-Mitglied stehen sollte. Ein Teil der Bewegung fordert die Abschaffung der NATO und will deshalb keine Verbesserungsvorschläge dazu machen, wie sie sich in dieser Frage gegenüber der Türkei verhalten soll.

**Ist die Friedensbewegung zu sehr mit sich selbst beschäftigt, um auf wirksame Antikriegspolitik zu drängen?**

Nun, wir sind damit beschäftigt, zu klären, wie unser Standpunkt aussehen soll. Konsens ist: Alle ausländischen Kämpfer sollen aus Syrien abgezogen werden. Die Kampagne »Macht Frieden. Zivile Lösungen für Syrien« fordert deutsche Bundestagsabgeordnete auf, das Bundeswehr-Mandat für Syrien nicht zu verlängern.

**Ist die Friedensbewegung noch handlungsfähig – oder zu zerstritten zwischen Querfront, der Unterwanderung durch rechte Kräfte, zunehmender Sozialdemokratisierung mit der Folge der Aufweichung friedenspolitischer Positionen und sogenannten antideutschen Positionierungen, die in absurde Antisemitismusvorwürfe münden?**

Genau das sind die Gründe, weshalb wir uns auf der Konferenz am Wochenende mit der Frage beschäftigen mussten: Ist der antifaschistische Konsens in der Friedensbewegung gefährdet? Oder: Wieviel Konsens ist in der Friedensbewegung notwendig, um gemeinsam aktiv zu sein? Sonst hätten wir konzentrierter über Aktionen sprechen können.

### **Zum Beispiel?**

Viele von uns sind am Sonntag nach Büchel zum Auftakt des 20wöchigen Dauerprotestes vor dem Haupttor des Fliegerhorstes gefahren, um den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen, sich für den Abzug dort vermuteter US-Atomwaffen einzusetzen. Wir unterstützen die internationale Organisation der Mayors for Peace, der Bürgermeister für den Frieden, die sich für das Verbot nuklearer Waffen einsetzt. Darüber verhandeln die UN in New York aktuell.